

„Dieser Antrag ist eine Schweinerei“

Politik lehnt größeren Maststall ab

VON RALF MICHEL

Achim. In Baden soll ein bestehender Schweinemaststall von bislang 750 auf 1342 Plätze erweitert werden. Dabei handelt es sich laut Baugesetz um ein privilegiertes Bauvorhaben, was bedeutet, dass die Stadt aus rechtlicher Sicht ihr Einvernehmen erklären muss. Genau dies hatte die Stadtverwaltung vor, doch die Politik sieht das anders, will den größeren Maststall verhindern und scheut dafür weder Mühe noch Kosten: Flächendeckend für ganz Achim sollen Vorranggebiete ausgewiesen werden, in denen allein künftig Bauvorhaben wie Mastställe oder auch Biogasanlagen erlaubt sind.

Dass dieses überaus sensible Thema am Dienstag im Fachausschuss für Stadtentwicklung überhaupt öffentlich behandelt wurde, geht auf die SPD zurück. Die Verwaltung wollte darüber nichtöffentlich beraten, wogegen SPD-Mann Hans-Jürgen Wächter mit Erfolg Einspruch erhob. Sein Fraktionskollege Jürgen Harder zog anschließend gehörig vom Leder: Der Antrag des Landwirtes sei eine Schweinerei. Wenn der Wind am Verdener Berg ungünstig stehe, sei der Gestank dort für die angrenzenden Wohngebiete schon heute unerträglich. Zustimmung bei Wolfgang Heckel (WGA). Man könne manchmal nicht im Garten sitzen, so sehr stinke es.

Die Lage des Bauvorhabens im Außenbereich sei eindeutig und auch im Flächennutzungsplan sei das Gebiet als „Fläche für Landwirtschaft“ ausgewiesen, hielt Stadtplaner Rainer Rowohlt dagegen. Kurzfristig mit planungsrechtlichen Vorgaben könne so ein Bauantrag ohnehin nicht verhindert werden. Dafür sei die Untersuchung des gesamten Stadtgebietes notwendig, wo man künftig Vorranggebiete für Mastställe oder auch Biogasanlagen ausweisen wolle. Ein aufwendiges Verfahren, für das zudem „einiges Geld“ in die Hand genommen werden müsse.

Was den Fachausschuss nicht abschrecken konnte: „Wenn man sich zu diesem Thema grundsätzlich Gedanken machen muss, dann tun wir das eben“, plädierte Harder dafür „alle Möglichkeiten auszuschöpfen“. Wenn man den Maststall verhindern wolle, müsse man auch konsequent sein, stimmte Michael Schröter (Grüne) zu. Alles andere wäre reiner Aktivismus.

Beschlossen wurde letztlich der Auftrag an die Verwaltung, Wege aufzeigen, um in Sachen Schweinemast Rechtssicherheit für das gesamte Stadtgebiet zu erlangen, zum Beispiel durch Ausweisung von Vorranggebieten. Vor diesem Hintergrund soll dann dem konkreten Bauantrag in Baden per Veränderungssperre ein Riegel vorgeschoben werden.